Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 09.06.2005 um 18.23 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

2. Bürgermeisterin Gold

Stadtrat Heisel

Stadträtin Heisel

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Jeschke

Stadtrat Dr. Kröckel

Stadtrat Mahlmeister

Stadträtin Sagol

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank

Stadtrat Schardt

Stadträtin Schwab

Stadträtin Stocker

Stadtrat Straßberger

Stadtrat Weiglein

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Ley

Stadtrat Lorenz

Stadtrat Müller

Stadträtin Richter (ohne Ziffer 8)

Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag (ohne Ziffer 7)

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer

Groß

Berichterstatter: Amtsrat Teichmann (bis Ziffer 2)

Dipl.-Ing. Lepelmann

Amtfrau Hartmann (Ziffer 1)

Frau Schmöger

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Entschuldigt fehlten: Bürgermeister Böhm

Stadtrat Lux
Stadtrat May

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Mittagsbetreuung an der St.-Hedwig-Grundschule: Fortführung im Schuljahr 2005/2006

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

a. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene ist der Meinung, dass man diese Maßnahme weiterhin unterstützen sollte, auch wenn es eine kostenspielige ist.

b. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein unterstützt die Maßnahme und spricht sich besonders für die Ziffer 2 aus. Auch er geht kurz auf die Kostensituation ein.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller spricht sich ebenso für die Maßnahme aus. Seiner Meinung nach, muss versucht werden die Kosten zu reduzieren, wobei aber nicht an eine Aufgabe der Maßnahme gedacht werden darf. Hinsichtlich der zwei Angestellten, die die Mittagsbetreuung durchführen, möchte er wissen, ob diese festangestellt bzw. ob beide notwendig sind.

Amtfrau Hartmann antwortet, dass gemäß BAT keine geringfügige Beschäftigte –so war die bisherige Lösung - im öffentliche Dienst mehr sein dürfen, daher ist mit beiden ein unbefristetes Arbeitsverhältnis mit der Nebenabrede, dass beim Wegfall der Mittagsbetreuung auch der Vertrag aufgelöst wird, abgeschlossen worden. Des weiteren teil sie mit, dass beide Damen sich mit der Betreuung abwechseln und daher auch notwendig sind.

Stadtrat Ley bezweifelt, dass die Verträge richtig verfasst sind, worauf Stadtrat Weiglein hinweist, dass dies nichtöffentlich zu behandeln ist.

d. FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter spricht sich für die Mittagsbetreuung aus, jedoch mit der Auflage, die Kosten gering wie möglich zu halten.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad bezeichnet die Mittagsbetreuung als sinnvolle Maßnahme und spricht sich für die Weiterführung aus.

f. ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt schließt sich ihren Vorrednern an.

B. Aufgrund der Frage hinsichtlich der Verträge sagt Oberbürgermeister Moser zu, den Punkt in anschließender nichtöffentlicher Sitzung kurz anzusprechen.

C. Mit 28 : 0 Stimmen

1. Die Mittagsbetreuung an der St.-Hedwig-Grundschule wird in der jetzigen Form im Schuljahr 2005/2006 weiter angeboten.
2. Die Gebührenregelung wird wie folgt erweitert:
Teilnehmer aus der 1. und 2. Jahrgangsstufe, die regelmäßig und nicht öfter als zweimal pro Woche an der Mittagsbetreuung teilnehmen, zahlen einen Beitrag in Höhe von 25 € monatlich.

2. Beauftragung eines Marketing-Büros für die städtischen Baugebiete

- A. Amtsrat Teichmann geht kurz auf das Angebot der Fa. Kommunal Management AG ein. Er hält dies für die Vermarktung der städtischen Baugebiete (Hammerstiel, Bud-dental, Gewerbegebiete) für dringend notwendig.
Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent spricht sich für die Vergabe der Vermarktung aus und bittet, dies schnell voranzutreiben.
- B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:
- a. SPD-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene teilt mit, dass die Firma bei der Präsentation in der Arbeitsgruppe einen guten Eindruck hinterlies. Das Angebot ist im Rahmen und er bittet um Zustimmung.
 - b. CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Weiglein ist ebenso für die Vergabe der Vermarktung. Er bittet jedoch, auf die vorhandenen Unterlagen aufzubauen. Des weiteren bittet er, notwendige Drucke (Bautafeln, Flyer und dergl.) von Kitzinger Firmen fertigen zu lassen, so dass die Kosten insgesamt geringer sind.
Amtsrat Teichmann teilt mit, dass dies auch so angedacht ist.
 - c. UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Müller spricht sich ebenso für das Konzept aus und hält dies für dringend notwendig. Er wünscht sich, dass seitens der Verwaltung eingehende Kauf- und Baugesuche schnell und unkompliziert bearbeitet werden.
 - d. FBW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wallrapp spricht sich ebenso für die Vergabe aus. Ihr ist es wichtig, dass Kitzinger Firmen bei der Umsetzung (Bautafeln, sonstige Drucke) miteinbezogen werden.
 - e. KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Popp schließt sich seiner Vorrednerin an.
 - f. ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt bittet ebenso den Auftrag so zu vergeben.
- C. Stadtrat Straßberger bemängelt, dass das „Von Deuster“-Gelände nicht in die Vermarktung mitaufgenommen werden soll.
Frau Schmöger gibt daraufhin zu Bedenken, dass die Stadt sich äußerst unglaubwürdig macht, wenn sie ein unerschlossenes Gebiet in die Vermarktung nimmt.

D. **Mit 28 : 0 Stimmen**

Die Firma Kommunal Management AG, Kulmbach, wird mit der Marketing-Kampagne für die städtischen Baugebiete betraut. Die Auftragssumme beträgt 10.900,- € zuzüglich Mehrwertsteuer, d. s. insgesamt 12.644,- €.

Haushaltsmittel werden bei Hst. 0.7911.6329 zur Verfügung gestellt, Deckung erfolgt über die Hst. 0.7000.6556 (Kanalnetz-Überrechnung).

3. Alllastenbeseitigung Baugebiet „Buddental West“

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass aufgrund Klärungsbedarf in der Verwaltung der Punkt heute nicht behandelt werden soll. Eine Erklärung dazu wird in anschließender nichtöffentlicher Sitzung erfolgen.

Hiermit besteht Einverständnis.

4. Fortschreibung des Flächennutzungsplans - Honorar – Auftragsüberschreitung infolge umfangreicherer Flächenausweisungen

Mit 28 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, den Auftrag an das Büro Wegner/Schirmer vom Juni 2003 für die Fortschreibung des FNP um rd. 8.300,00 € auf max. 71.450,00 € inkl. NK und MWSt. zu erhöhen.
3. Der Auftragsüberschreitung bei der HHSt. 6101.9591 wird zugestimmt. Zur Deckung werden Mittel bei der HHSt. 6322.9502 „Straßenerschließung Deuster-Areal“ herangezogen.

5. Baugebiet „Buddental West“ Planungs- und Baugrundsätze sowie Maßnahmenbeschluss

Mit 28 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag des Stadtbauamtes wird Kenntnis genommen.
2. Planungsgrundsätze
 - a) Kanalbau
Der Kanalisationsplanung des Stadtbauamtes vom Mai 2005 wird zugestimmt. Die Entwässerung erfolgt im Mischsystem.
 - b) Verkehrsanlagen
Der Straßenbauplanung des Stadtbauamtes vom Mai 2005 wird zugestimmt. Die Erschließung des geplanten Baugebietes erfolgt von Süden über zwei Stichstraßen von der Keltenstraße.
3. Baugrundsätze
 - a) Kanalbau
Rohre
Bis DN 400 Steinzeugrohre
Ab DN 500 FBS-Stahlbetonrohre
Alternativ: Kunststoffrohre

Austauschboden

Je nach Wiederverfüllbarkeit des Aushubbodens Ersatz durch geeigneten Austauschboden

Schächte

Als Fertigteilschächte bzw. Unterteile aus Ortbeton

b) VerkehrsanlagenStraßenbauliche BeschreibungStraßenlängen

▪	Sammelstraße „A“	rd. 57 m
▪	Sammelstraße „B“	rd. 167 m
▪	Anliegerstraße „A“	rd. 83 m
▪	Anliegerstraße „C“	rd. 66 m
▪	Fußwege	rd. 53 m

Straßenquerschnitte

Die Fahrbahngestaltung erfolgt als Mischfläche, d.h. als „niveaugleicher Ausbau“.

▪	Sammelstraßen A	
▪	Sammelstraßen B	
	Gesamtbreite	6,50 m
	Fahrbahn	4,50 m
	Gehweg	2,00 m
▪	Anliegerstraße A	
▪	Anliegerstraße C	
	Gesamtbreite	5,50 m
	Fahrbahn	4,00 m
	Gehweg	1,50 m
▪	Fußwege	
	Breite	2,50 m

Fahrbahn-/WegbefestigungOberbau der Fahrbahn

nach Tafel 1, Zeile 1, Bauklasse V der RStO 01

4 cm Asphaltbeton
 12 cm bit. Tragschicht
34 cm Frostschutzschicht
 50 cm Gesamtoberbaudicke

Oberbau der Gehwege

8 cm Betonpflaster
 5 cm Splittbett
 12 cm bit. Tragschicht
25 cm Frostschuttschicht
 50 cm Gesamtoberbaudicke

Oberbau der Parkstreifen

8 cm Betonpflaster
 5 cm Splittbett
 12 cm bit. Tragschicht
25 cm Frostschuttschicht
 50 cm Gesamtoberbaudicke

Oberbau der Fußwege

Ausbau der Fußwege wie Oberbau der Gehwege

4. Maßnahmebeschluss

Die Maßnahme ist nach den vorgelegten Planungen auszuführen. Sie ist nach Inkrafttretung des Bebauungsplanes zu beginnen. Die Maßnahme ist öffentlich auszusprechen. Eine losweise Vergabe erfolgt nicht.

Vorab ist der Parallelkanal beschränkt auszuschreiben und zu verlegen.

Die voraussichtlichen Herstellungskosten betragen:

a) Kanalbau

Erschließungskanal		ca. 200.000,00 €
Parallelkanal		ca. 330.000,00 €
Straßenentwässerung		ca. 25.000,00 €
Kanalhausanschlüsse		
- öffentlich	ca. 65.000,00 €	
- privat	<u>ca. 60.000,00 €</u>	<u>ca. 125.000,00 €</u>
Gesamt		<u>ca. 680.000,00 €</u>

b) Verkehrsanlagen

Straßenbau, Parkflächen	ca. 381.000,00 €
Begleitgrün	ca. 15.000,00 €
Gesamt	ca. <u>396.000,00 €</u>

6. Baugebiet „Eselsberg Süd“ sowie Kanalauswechslung und Straßenausbau „Richard-Wagner-Straße“ Planungs- und Baugrundsätze sowie Maßnahmebeschluss

Mit 27 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag des Stadtbauamtes wird Kenntnis genommen.

2. Planungsgrundsätze

a) Kanalbau

Der Kanalisationsplanung des Stadtbauamtes vom Mai 2005 wird zugestimmt. Die Entwässerung erfolgt im Mischsystem. Der bestehende Kanal in der Richard-Wagner-Straße wird aus hydraulischen Gründen von DN 500 B auf DN 600 SB bzw. von DN 400 Stz auf DN 500 SB ausgewechselt.

b) Verkehrsanlagen

Der Straßenbauplanung des Stadtbauamtes vom Mai 2005 wird zugestimmt. Die Erschließung des geplanten Baugebietes erfolgt über die Richard-Wagner-Straße. Das unausgebaute Teilstück der Richard-Wagner-Straße von Haus-Nr. 1 bis 5 wird ausgebaut.

3. Baugrundsätze

a) Kanalbau

Erschließungsgebiet Bebauungsplan Nr. 60 Eselsberg Süd

Rohre

Bis DN 300 Steinzeugrohre
Alternativ: Kunststoffrohre

Austauschboden

Je nach Wiederverfüllbarkeit des Aushubbodens Ersatz durch geeigneten Austauschboden

Schächte

Als Fertigteilschächte bzw. Unterteile aus Ortbeton

Kanalauswechslung Richard-Wagner-Straße

Rohre

DN 500 und DN 600 FBS-Stahlbetonrohre
Steinzeugrohre DN 150 für Hausanschlüsse und Straßeneinläufe
Alternativ: Kunststoffrohre

Austauschboden

Je nach Wiederverfüllbarkeit des Aushubbodens Ersatz durch geeigneten Austauschboden

Schächte

Als Fertigteilschächte bzw. Unterteile aus Ortbeton

Der Austausch des Kanals von der „Richard-Wagner-Straße“ bis zur Repperndorfer Str. (B 8) am Würzburger Tor erfolgt im Zuge der Maßnahme Nordtangente BA I.

b) Verkehrsanlagen

Erschließungsgebiet Bebauungsplan Nr. 60 Eselsberg Süd

Straßenlängen:

▪	Verlängerung „Richard-Wagner-Straße nach Norden“	rd. 110 m
▪	Verlängerung „Richard-Wagner-Straße nach Westen“	rd. 45 m
▪	Fußwegausbau der nördlichen Verlängerung
„Richard-Wagner-Straße“ zum Eselsberg	rd. 52 m

Straßenquerschnitte:

Die Fahrbahngestaltung erfolgt als Mischfläche, d.h. als „niveaugleicher Ausbau“.

▪	Nördl. Verlängerung „Richard-Wagner-Straße“	
	Gesamtbreite	6,00 m
	Fahrbahn	4,00 m
	Multifunktionsstreifen	2,00 m
▪	Westl. Verlängerung „Richard-Wagner-Straße“	
	Gesamtbreite	12,00 m
	Fahrbahn als Mischfläche	7,00 m
	Parkplätze	5,00 m
▪	Fußweg zum Eselsberg	
	Breite incl. Einfassung aus Betonrabatte	2,00 m

Fahrbahn-/Wegbefestigung:Oberbau der Fahrbahn

nach Tafel 1, Zeile 1, Bauklasse V der RStO 01

4 cm	Asphaltbeton
12 cm	bit. Tragschicht
<u>39 cm</u>	Frostschuttschicht
55 cm	Gesamtoberbaudicke

Oberbau des Multifunktionsstreifens

8 cm	Betonpflaster
3 cm	Splittbett
10 cm	bit. Tragschicht
<u>34 cm</u>	Frostschuttschicht
55 cm	Gesamtoberbaudicke

Oberbau Parkplätze

8 cm	Rasengitterpflaster
3 cm	Splittbett
<u>44 cm</u>	Frostschuttschicht
55 cm	Gesamtoberbaudicke

Oberbau des Fußweges

Fußweg mit wassergebundener Decke und Randeinfassung (Betonrabatte b = 10 cm)

3 cm	wassergebundene Decke
<u>47 cm</u>	Frostschutzmineralbeton
50 cm	Gesamtaufbau

Im Teilbereich des Anschlusses an den Eselsberg wird die Oberfläche des Fußweges auf ca. 10 m Länge wegen der Steilheit (Längsgefälle 12,5 %) asphaltiert, um ein Abschwemmen der wassergebundenen Decke durch Niederschläge zu verhindern.

Oberbau des Fußweges im Asphaltbereich:

3 cm	Asphaltschicht
10 cm	bit. Tragschicht
<u>37 cm</u>	Frostschutzschicht
50 cm	Gesamtoberbaudicke

Verkehrsanlage Ausbau „Richard-Wagner-Straße“ von Haus-Nr. 1 bis 5Straßenquerschnitte:

Die Fahrbahngestaltung erfolgt als Mischfläche, d.h. als „niveaugleicher Ausbau“.

Gesamtbreite	8,90 - 9,50 m
Fahrbahn	4,50 – 5,00 m
Gehweg (an der nördl. Grenze)	> 1,50 m
Parkstreifen bzw. Randstreifen (an der südl. Grenze)	> 2,30 m

Oberbau der Fahrbahn

Nach Tafel 1, Zeile 1, Baukl. V der RStO 01

4 cm	Asphaltbeton
12 cm	bit Tragschicht
<u>39 cm</u>	Frostschutzschicht
55 cm	Gesamtoberbaudicke

Oberbau des Gehweges

3 cm	Asphaltbeton
12 cm	bit. Tragschicht
<u>40 cm</u>	Frostschutzschicht
55 cm	Gesamtoberbaudicke

Oberbau der Park- und Randstreifen

4 cm	Asphaltbeton
12 cm	bit. Tragschicht

39 cm Frostschutzschicht
55 cm Gesamtoberbaudicke

4. Maßnahmebeschluss

Die Maßnahme ist nach den vorgelegten Planungen auszuführen. Sie ist unverzüglich zu beginnen. Die Maßnahme ist gemäß der Vergabeordnung der Stadt Kitzingen auszusprechen. Eine losweise Vergabe erfolgt nicht.

Die voraussichtlichen Herstellungskosten betragen:

a) Kanalbau

Auswechslung Richard-Wagner-Straße	ca. 210.000,00 €
Kanäle im Baugebiet	ca. 170.000,00 €
Gesamt	<u>ca. 380.000,00 €</u>

b) Straßenbau

Ausbau Richard-Wagner-Straße	ca. 65.000,00 €
Straßenflächen im Baugebiet	ca. 145.000,00 €
Gesamt	ca. <u>210.000,00 €</u>

7. Bausachen BGVNr. 72/05 (Bauvoranfrage)

Erstellung eines Solarparks in 2 Bauabschnitten

Fl.Nr. 2368-2373 und 2352-2358, Gmkg. Repperndorfer, 97318 Kitzingen

Antragsteller: E.M.C. Limited, Leidenhof 5, 97318 Kitzingen

(Stadtrat Haag ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuhörerbereich.)

A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht kurz auf die aufgetretenen Fragen aus der Finanzausschusssitzung ein und verweist auf vorliegendes Schreiben des Antragsstellers. Er teilt mit, dass aufgrund der Änderung des Landesplanungsgesetzes die Stadt Kitzingen die planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen muss. Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent befürwortet das Vorhaben.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

a. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene meint, dass man dem Vorhaben positiv gegenüberstehen und die planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen sollte.

b. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein spricht sich ebenfalls für die Photovoltaikanlage aus. Er möchte wissen, wann die Änderung des Flächennutzungsplans angedacht ist.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass dies erst nach Beantragung des Bauabschnittes II nötig wäre. Da dieser vom Antragsteller nicht mehr ins Auge gefasst wird, sieht er daher keine Notwendigkeit vorerst den Flächennutzungsplan zu ändern.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller bittet ebenso um Zustimmung. Seiner Meinung nach, sollte man dem Bauabschnitt II – falls er beantragt wird und keine Windkraftanlage dort stehe – ebenso positiv gegenüberstehen.

d. FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp (Referentin Stadtwald und Umweltfragen) gibt ihre Zustimmung und meint, dass es für Kitzingen eine gute Sache sei.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp spricht sich für das Vorhaben aus.

f. ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt schließt sich ihren Vorrednern an.

- C. Stadtrat Mahlmeister bittet schon vorsorglich zu klären, ob der Investor den zweiten Bauabschnitt verwirklichen möchte, da bei Genehmigung weiterer Windkraftanlagen evtl. die Maßnahme nicht an einem Stück angebaut werden kann. Es sollte schon jetzt eine geeignete Ausweichfläche für Windkraftanlage gesucht werden.
Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

D. Mit 26 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 - wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht – grundsätzliches - Einverständnis, einen positiven Vorbescheid für die Erstellung eines Solarparkes auf den Fl.Nrn. 2352-2358, Gmkg. Repperndorf durch Fa. E.M.C Limited, Leidenhof 5, Kitzingen in Aussicht zu stellen. Die grundsätzliche Zustimmung betrifft also nur den BA I.
3. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen (Änderungsverfahren FNP und Bebauungsplan) sind durch die Antragsteller in Form eines Vorhaben- und Erschließungsplanes (VEP) gem. § 12 BauGB zu schaffen und der Stadt zur weiteren Veranlassung vorzulegen.

8. Bausachen BGVNr. 78/05 (Bauvoranfrage)
Errichtung eines Zaunes im Außenbereich
(als Teil einer Photovoltaikanlage mit rd. 0,66 ha)
Fl.Nr. 7605, Gmkg. Kitzingen
Antragsteller: M. Pfnausch, Kitzingen

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht ausführlich auf die geplante Photovoltaikanlage ein. Stadtrat Müller als Referent für Gewerbe- und Industrie stimmt dem Vorhaben zu und spricht sich für die Auflage hinsichtlich des Stacheldrahtes aus. Stadträtin Wallrapp als Referentin für Stadtwald und Umweltfragen ist der Auffassung, dass man aus Gründen der Energie zustimmen müsste, jedoch empfindet sie dieses Gebiet als stadtnahes Entwicklungsgebiet in Etwashausen und hält die Ansiedlung an dieser Stelle für nicht geeignet. Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent spricht sich ebenso – ausgenommen des Stacheldrahtes – für das Vorhaben aus.
- B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:
- a. SPD-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene steht der Photovoltaikanlage grundsätzlich positiv gegenüber. Er hat jedoch bedenken, ob es in die Umgebung an dieser Stelle passt.

- b. CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Weiglein spricht sich dafür aus, möchte aber überprüft wissen, inwieweit der Bereich im Hochwasserbereich des Rödelbaches liegt.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt einer Prüfung dahingehend zu.
- c. UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Schmidt steht dem Vorhaben positiv gegenüber und hat keine Bedenken wegen der Umgebung. Er ist sogar der Auffassung, dass man die Anlage bei Natur in der Stadt 2011 miteinbeziehen könnte.
- d. FBW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wachter spricht sich aus optischen Gründen gegen die Anlage aus. Die Fraktion hingegen wird getrennt abstimmen.
- e. KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Popp steht dem Vorhaben auch wegen Natur in der Stadt 2011 positiv gegenüber.
- f. ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt stimmt dem Vorhaben ebenso zu.

C. Mit 26 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 - wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht – grundsätzliches - Einverständnis, einen positiven Vorbescheid für die Errichtung einer Photovoltaikanlage inkl. Einzäunung auf der Fl.Nr. 7605, Gmkg. Kitzingen durch Herrn M. Pfnausch, Kitzingen in Aussicht zu stellen unter der Maßgabe, auf die Stacheldrahtbewehrung zu verzichten.
3. Der Antragsteller hat die planungs-rechtlichen Voraussetzungen (Änderungsverfahren FNP und Bebauungsplan) in Form eines Vorhaben- und Erschließungsplans gem. § 12 BauGB zu erbringen und der Stadt zur weiteren Veranlassung vorzulegen.

9. Kommunales Unternehmensrecht - Beteiligungsbericht 2003; Kenntnisnahme

Ohne Abstimmung

Von dem nach Art 94 Abs. 3 GO jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht über die Beteiligungen der Stadt an Unternehmen in Privatrechtsform wird für das Jahr 2003 zustimmend Kenntnis genommen.

10. Sanierung/Renovierung Dekanatszentrum Kitzingen; Förderung der anteiligen Dachfläche über den Kindergartenräumen St. Elisabeth durch die Stadt Kitzingen

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht ausführlich auf den Sachverhalt ein. Die Verwaltung schlägt vor, aufgrund des Widerspruchs zum Grundsatzbeschluss (zuwendungsfähige Kosten geringer als 50.000,00 €) die Maßnahme nicht zu bezuschussen.

Stadtrat Weiglein weist darauf hin, dass die Stadt Kitzingen selbst keine Trägerschaft von Kindergärten innehat. Er gibt zu Bedenken, dass durch diese Vorgehensweise gegebenenfalls Träger abspringen, wofür dann die Stadt Kitzingen eintreten muss.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer schlägt darauf hin vor, die Sanierung mit einem freiwilligen Beitrag von 5.000,00 € zu bezuschussen.

Stadträtin Wallrapp bezieht sich kurz auf das Dekanatszentrum und sollte auch schon deswegen gefördert werden, da es wichtig für den Verbleib ist. Sie fordert einen Zuschuss von 10.000,00 €.

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene beantragt aufgrund Festlegung in der Fraktion einen freiwilligen Zuschuss in Höhe von 20.000,00 €.

Stadtrat Müller empfindet die genannten Summen als freiwilligen Zuschuss zu hoch und gibt zu Bedenken, dass in derartigen Bereichen durchwegs gekürzt worden ist. Am sinnvollsten empfindet er den Vorschlag von 5.000,00 € als freiwilligen Zuschuss.

Auf beginnender Diskussion bezüglich der Zuschusshöhe hin, stellt Oberbürgermeister Moser fest, dass über die gestellten Anträge (20.000,00 € bzw. 10.000,00 €) abzustimmen ist.

B. Mit 5 : 23 Stimmen

Die Stadt Kitzingen gewährt einen freiwilligen Zuschuss in Höhe von 20.000,00 €..

C. Mit 22 : 6 Stimmen

Die Stadt Kitzingen gewährt einen freiwilligen Zuschuss in Höhe von 10.000,00 €..

11. Jahresrechnung 2004

Ohne Abstimmung

Von den Abschlussergebnissen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes 2004 der Stadt Kitzingen wird gemäß Art 102 Abs. 2 GO Kenntnis genommen.

Summe bereinigte Solleinnahmen Verwaltungshaushalt	33.275.309,84 €
Summe bereinigte Solleinnahmen Vermögenshaushalt	<u>7.411.508,63 €</u>
	<u>40.686.818,47 €</u>
Summe bereinigte Sollausgaben Verwaltungshaushalt	33.275.309,84 €
Summe bereinigte Sollausgaben Vermögenshaushalt	<u>7.411.508,63 €</u>
	<u>40.686.818,47 €</u>
Fehlbetrag/Überschuss	<u>0,00 €</u>

12. Vermögensrechnung 2004

Ohne Abstimmung

Vom Ergebnis der Vermögensrechnung 2004 wird gem. Art. 102 GO i. V. m. §§ 76, 77 und 81 KommHV Kenntnis genommen.

Ergebnis der Vermögensrechnung 2004:

Stand: 31.12.2004

1.	Vermögensübersicht nach § 77 Abs. 2 Nr. 1, § 81 Abs. 1 und § 76 KommHV	
1.1.	<u>Nachweis nach § 76 Abs. 1 KommHV</u>	
1.1.1.	Forderungen aus Geldanlagen	770.000,00 €
1.1.2.	Forderungen aus Darlehen	1.882.246,69 €
	Forderungen aus Darlehen an Stadtbetriebe (Innere Darlehen)	13.037.942,97 €
1.1.3.	Beteiligungen (daneben 5,40 % Anteil aus Gewährträgerschaft für Sparkasse Mainfranken Würzburg und 4,69 % Anteil an der Giltholzgemeinschaft)	130.379,44 €
1.1.4.	Wertpapiere	0,00 €
1.2.	<u>Nachweis nach § 76 Abs. 2 und 4 KommHV</u> (Anlagenachweise, Anlagevermögen kostenrech- nender, sowie anderer Einrichtungen, Restbuch- werte)	55.622.611,55 €
	Summe Ziffer 1:	<u>71.443.180,65 €</u>

2.	Übersicht über Schulden und Rücklagen nach § 77 Abs. 2 Nr. 2, § 81 Abs. 2 KommHV	
		<u>Stand: 31.12.2004</u>
2.1.	Schulden aus Krediten	20.439.990,32 €
	aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften Bayerngrund	<u>2.280.089,22 €</u>
	Summe Ziffer 2.1.	<u>22.720.079,54 €</u>
2.2.	Rücklagen Allgemeine Rücklage	3.834.496,26 €
	Sonderrücklage Abwasserbeseitigung	<u>102.723,17 €</u>
		<u>3.937.219,43 €</u>

Nachrichtlich:

- Das Bestandsverzeichnis nach § 75 Abs. 1 KommHV wurde erstellt (Grundstücke und bewegliches Vermögen).
Zum 31.12.2004 betrug die Grundstücksfläche 7.991.148 m². Der Wert der bebauten und unbebauten Grundstücke betrug zum 31.12.2004
49.430.422,70 €.
- Bürgschaften: die Restschuld der Kredite, für die die Stadt Kitzingen die Bürgschaft übernommen hat, betrug zum 31.12.2004 2.479.554,64 €
- Reinvermögen:
Vermögen (Ziffer 1) 71.443.180,65 €
Bebaute und unbebaute Grundstücke 49.430.422,70 €
Schulden (Ziffer 2.1.) - 22.720.079,54 €
Reinvermögen 98.153.523,81 €
- Zum 01.01.2004 wurden die Stadtbetriebe Kitzingen GmbH gegründet.
Daraus ergeben sich folgende Veränderungen:
- Wegfall der Beteiligung an der Licht-, Kraft- und Wasserwerke GmbH i. H. v. 4.920.000,00 €, dafür Beteiligung der Stadt Kitzingen an der Stadtbetriebe Kitzingen GmbH i. H. v. 100.000,00 €.

- Übertrag von Inneren Darlehen auf die Stadtbetriebe Kitzingen GmbH i. H. v. 13.037.942,97 €.
- Kredite i. H. v. 1.259.960,28 € wurden auf die Stadtbetriebe Kitzingen GmbH übertragen.
- Aus den Anlagenachweisen ist Vermögen mit Restbuchwerten von rd. 9 Mio. € herausgenommen worden (Betriebsgrundstücke, Gebäude, Betriebseinrichtungen, bewegliches Vermögen für Bäder, Parkgaragen, Hafen).

13. Veranstaltungshalle/Hotel für die Stadt Kitzingen

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß erläutert kurz den Sachverhalt und den Umfang des Interessebekundungsverfahrens.
- B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:
- a. SPD-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene bezeichnet das Verfahren mit dem Architekten für nicht optimal und stellt fest, dass die Stadt Kitzingen verpflichtet ist, das Interessebekundungsverfahren durchzuführen. Er geht davon aus, dass die Fraktion mehrheitlich dafür stimmen wird.
 - b. CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Weiglein ist der Auffassung, dass man durch den Abzug der Amerikaner in einer neuen Situation ist. Er findet es nicht für sinnvoll, sich mit dem Interessebekundungsverfahren auf einen Standort festzulegen. Die Verwaltung sollte mit Verhandlungen versuchen, dass Interessebekundungsverfahren zu verschieben, so dass freiwerdende Flächen der Amerikaner bei der Planung miteinbezogen werden können.
Oberbürgermeister Moser gibt daraufhin zu Bedenken, dass sich das Verfahren dann um mindestens ein weiteres Jahr verzögern wird.
 - c. UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Müller unterstützt die Meinung von Stadtrat Weiglein. Auf dem Verhandlungsweg sollte das Interessebekundungsverfahren bis zum Abzug der Amerikaner verschoben werden, damit weitere Standorte für die Stadthalle miteinbezogen werden können.
 - d. FBW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wachter meint, dass das Interessebekundungsverfahren laut Vertrag durchgeführt werden muss. Sie hat Bedenken, dass sich das Büro auf den Vorschlag von Stadtrat Weiglein einlässt.
 - e. KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Popp wird dagegen stimmen, da er bereits beim Abschluss des Vertrages gegen das Verfahren war.
 - f. ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt schließt sich ihren Vorredner an.
- C. Oberbürgermeister Moser stellt fest, dass aufgrund des Vorgetragenen heute kein Beschluss gefasst werden soll, sondern zunächst mit dem Architekten hinsichtlich einer Verschiebung des Interessebekundungsverfahrens, damit ein alternativer Standort miteinbezogen werden kann, zu verhandeln ist. Vom Ergebnis wird der Stadtrat unterrichtet.
Hiermit besteht Einverständnis.

14. Information von Dipl. – Ing. Lepelmann
Dorferneuerung Repperndorf

Dipl. – Ing. Lepelmann informiert über den Sachstand zur Dorferneuerung Repperndorf. Derzeit arbeitet ein Ingenieurbüro die Zahlen in eine Tiefbaumaßnahme um, was der Direktion für ländliche Entwicklung dann zugeleitet werden soll. Er teilt mit, dass in diesem Jahr mit einer Maßnahme begonnen werden soll. Auf die Frage von Stadträtin Richter, weshalb ein Ingenieurbüro die Zahlen überarbeiten muss, antwortet Dipl. – Ing. Lepelmann, dass dies für die Ausschreibung nötig ist.

15. Anfrage von Stadtrat Müller
Rundbrief von Minister Schnappauf bezgl. Förderung Gartenschau

Stadtrat Müller bezieht sich auf ein Schreiben von Staatsminister Schnappauf hinsichtlich der Förderung von Gartenschauen. Er möchte wissen, wie dies zur Haushaltslage zu verstehen ist.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass dies Jahr für Jahr aufs neue im Rahmen der Haushaltsberatungen des Landtags eingestellt werden muss.

16. Anfrage von 2. Bgmin. Gold
Mobilfunkanlage vereinbar mit Gestaltungssatzung
Anfrage in Finanzausschusssitzung

2. Bgmin. Gold möchte wissen, ob eine Prüfung dahingehend ergangen ist, ob die Mobilfunkanlage mit der Gestaltungssatzung vereinbar ist.

Dipl. – Ing. Lepelmann teilt mit, dass auf Anfrage im Rechts- und Ordnungsamt, die Mobilfunkanlage nicht wegen der Gestaltungssatzung verwehrt werden kann.

Daraufhin bezieht sich 2. Bgmin. Gold auf eine mögliche Frist, die die Stadt Kitzingen eventuell versäumt hat.

Dipl. – Ing. Lepelmann ist der Auffassung, dass hierbei keine Frist einzuhalten ist, wird dies jedoch nochmals abklären und darüber unterrichten.

17. Anfrage von Stadtrat Popp
Sachstand LKW-Maut

Stadtrat Popp möchte wissen, inwieweit man in Sachen LKW-Maut an die Anliegergemeinden herangetreten ist und ob den anfragenden Bürgern bereits geantwortet wurde.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass derzeit die Gespräche mit den Nachbarkommunen stattfinden. Eine Antwort an die Bürger erging noch nicht. Er sagt jedoch zu, den betroffenen ein Schreiben bezugnehmend auf den Beschluss vom 12.05.2005 zukommen zu lassen.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 20.45 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller